

Erster Abschiebe-Flug aus MV – Transparenz und Kontrollierbarkeit der Einhaltung von Menschenrechten müssen gewahrt sein

Am heutigen Montag, 10. Mai, fand die erste Sammelabschiebung mit einem Flugzeug aus Mecklenburg-Vorpommern statt. 103 Menschen, etwa die Hälfte von ihnen Kinder, aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein wurden in ihre Herkunftsländer Kosovo, Mazedonien und Serbien abgeschoben. Presse und Zivilgesellschaft war der Kontakt zu den Betroffenen untersagt.

Etwa 15 Menschen beobachteten vom weit entfernten Parkplatz aus den Abflug einer Air-Berlin-Maschine. Das Flugzeug war kein Linienflug, sondern transportierte ausschließlich Ausreisepflichtige. Es startete auch nicht vom gängigen Terminal in Laage, sondern vom eigentlich stillgelegten ehemaligen Terminal. Hier wurde eigens eine Abfertigungsstrecke mit Zoll- und Passkontrolle, Boarding sowie Sicherheits-Check eingerichtet.

Ab etwa 8 Uhr trafen die Abzuschiebenden in Bussen in einem als „Sperrgebiet“ deklarierten Bereich ein. Ab 10 Uhr waren Beobachter_innen vom Flüchtlingsrat vor Ort. Keineswegs auf Einladung hin sondern durch Zufall.

Die verantwortlichen Beamten beantworten zwar alle Fragen, ließen aber keinen Kontakt zu den Menschen im Wartebereich zu. Auch Presse wurde weit entfernt vom eigentlichen Geschehen abgefertigt. Offensichtlich sollte es keine medialen Dokumente von der ersten Abschiebung aus MV geben.

„Diese Abschiebung gibt eine klare Linie des Innenministeriums im anstehenden Wahlkampf vor: Abschiebungen sollen ohne demokratische Kontrollinstanzen wie Zivilgesellschaft oder Presse schnell abgewickelt werden“, so Ulrike Seemann-Katz, Vorsitzende des Flüchtlingsrats MV. „Die Verwaltung macht ihre Bereitschaft deutlich, die Menschen insbesondere aus sogenannten Sicheren Herkunftsländern auch selbst abzuschieben.“

Aus Verwaltungsperspektive mag die mecklenburgische Abgeschlossenheit für eine „reibungslose“ Abschiebung dienlich sein. Doch der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern stellt klar: „Es sind Menschen, die hier abgeschoben werden. Es sind dabei auch Menschen, die sich über Jahre ein Leben hier in Deutschland aufgebaut hatten, deren Kinder hier aufgewachsen sind. Es muss bessere und mehr Regelungen geben, die ihnen hier Bleibeperspektiven eröffnen“, so Seemann-Katz. „Die Erzählung von den Sicheren Herkunftsländern und die Abwicklung der Asylanträge von Flüchtlingen dieser Länder ohne wirkliche Prüfung mit angemessenen Verfahren ist nichts anderes als populistische Politik. Vor der sollten sich eigentlich alle Verantwortlichen hüten“.

Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern fordert den Zugang der Öffentlichkeit zu behördlichen Vorgängen wie einer Abschiebung. Transparenz und Kontrollierbarkeit müssen für jedes demokratische Behördenhandeln gelten.

Denkbar wäre als Mindeststandard, ein Monitoring einzuführen wie es z. B. in Hamburg bereits besteht. Seelsorger_innen, Psycholog_innen, Rechtsanwält_innen und Vertrauenspersonen müssen Zugang bekommen.